

Vernehmlassungsformular

Teilrevision der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Brugg

Der Stadtrat beabsichtigt eine Überarbeitung der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Brugg und lädt die Fraktionen des Wohnerrats, die kommunalen Parteien sowie die Öffentlichkeit ein, sich dazu vernehmen zu lassen.

Die nachfolgenden Fragen orientieren sich an der Reihenfolge den Ausführungen des erläuternden Berichts. Des Weiteren ist auf die Synopse zu verweisen, aus der die geplanten Änderungen der bestehenden und künftigen Bestimmungen hervorgehen.

Die Rückmeldung ist bis Dienstag, **30. April 2024**, [online](#) einzureichen.

Fragen richten Sie gerne an die Stadtkanzlei (056 461 76 76 oder stadtkanzlei@brugg.ch).

Name / Organisation: EVP Brugg

E-Mail-Adresse: sektion.brugg@evp-ag.ch

Frage 1

Notwendigkeit einer Teilrevision der Gemeindeordnung

(vgl. erläuternder Bericht Ziffer 1)

Erachten Sie die Teilrevision der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Brugg als richtig?

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zu Frage 1:

Frage 2

Fakultatives Referendum gegen Budgetbeschluss

(vgl. erläuternder Bericht Ziffer 2.1.1)

Erachten Sie die Einführung eines fakultativen Referendums gegen den Budgetbeschluss ohne Änderung des Steuerfusses als sachgerecht?

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zu Frage 2:

Die EVP ist der Meinung, dass jedes Jahr über das Budget abgestimmt werden soll. So wird die Bevölkerung informiert, wenn grössere Ausgaben anstehen, das Vermögen drastisch abnimmt oder z.B. die Steuereinnahmen sinken oder steigen. Nur über das Budget abzustimmen, wenn der Steuerfuss geändert werden soll, erachtet die EVP als problematisch. Eine Erhöhung des Steuerfusses wird es immer sehr schwierig haben. Wenn aber die Bevölkerung laufend informiert wird, kann niemand sagen, der Stadtrat mache sowieso, was er wolle - man wisse von nichts.

Die EVP sieht es auch als positiv an, dass bisher immer auch die Parteimeinungen zusammengefasst abgedruckt wurden.

Obwohl sich die EVP bewusst ist, dass vermutlich nur ein kleiner Teil der Stimmberechtigten die Vorlage zum Budget genau studieren wird, ist es aus Gründen der Transparenz wichtig und richtig, dass alle Stimmbürger/innen die Informationen erhalten.

Frage 3

Zusicherung Gemeindebürgerrecht in der Kompetenz des Stadtrats

(vgl. erläuternder Bericht Ziffer 2.1.2)

Wollen Sie, dass die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts künftig in die Kompetenz des Stadtrats fällt?

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zu Frage 3:

Frage 4

Einführung einer Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

(vgl. erläuternder Bericht Ziffer 2.1.3)

Sind Sie für die Einführung einer Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (bisher Finanzkommission)?

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zu Frage 4:

Die Änderung in eine FIKO/GPK wird von der EVP als sinnvoll erachtet.

Um die neuen Aufgaben besser verteilen zu können, schlägt die EVP eine Erhöhung von 7 auf 9 Vertreter aus dem Einwohnerrat vor. Jede Partei soll die Möglichkeit haben, in dieser Kommission vertreten zu sein und an der Gestaltung der entsprechenden Geschäfte mitzuwirken.

Frage 5

Stellvertretungsregelung für die Mitglieder des Einwohnerrats

(vgl. erläuternder Bericht Ziffer 2.1.4)

Wollen Sie eine Stellvertretungsregelung für die Mitglieder des Einwohnerrats einführen?

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zu Frage 5:

Frage 6

Festlegung des amtlichen Publikationsorgans

(vgl. erläuternder Bericht Ziffer 2.2)

Soll der Stadtrat künftig das amtliche Publikationsorgan festlegen dürfen?

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zu Frage 6:

Frage 7

Anpassungen in der Terminologie

(vgl. erläuternder Bericht Ziffer 2.3)

Wollen Sie die folgenden Terminologien anpassen?

Bezeichnung bisher	Bezeichnung neu	
Gemeinderat	Stadtrat	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Gemeindeammann	Stadtpräsidentin / Stadtpräsident	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Vizeammann	Vizepräsidentin / Vizepräsident	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Gemeindeschreiber	Stadtschreiberin / Stadtschreiber	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Voranschlag	Budget	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Gemeinderechnung	Jahresrechnung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Bemerkungen zu Frage 7:

Frage 8

Geschlechtergerechte Sprache

(vgl. erläuternder Bericht Ziffer 2.4)

Unterstützen Sie die geschlechtergerechte Formulierung der Gemeindeordnung?

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zu Frage 8:

Nicht optimal sind die verlängerten Abschnitte, welche durch die geschlechtergerechte Formulierung entstehen. Die Lesbarkeit und Verständlichkeit der Gemeindeordnung wird dadurch erschwert.

Schlussbemerkungen / generelle Hinweise:

Datum / Ort:

26.04.2024

Unterschrift:

